

Vorwürfe von Veruntreuung eine Strategie?

Nach langen, bürokratischen Streitereien ist das Strafverfahren gegen den Abgeordneten der demokratischen Partei, Jurin Laksanavit, aufgenommen worden. Ihm wird vorgeworfen, während seiner Zeit als stellvertretender Handelsminister unter der Regierung Chuan Leekpai zwischen 1993 und 1994 Einnahmen aus der Gummiindustrie in die eigene Tasche gewirtschaftet zu haben.

Nach Artikel 165 der Verfassung genießen die Abgeordneten während der Parlamentsperiode Immunität, die nur durch eine freiwilligen Verzicht aufgehoben werden kann. Die Regierung hatte Jurin bereits zuvor der Korruption beschuldigt, dieser war jedoch von der nationalen Anti-Korruptionsbehörde freige-

sprochen worden. Der Demokrat äußerte sich auch jetzt zuversichtlich und sagte, er sei »zufrieden« damit, dass er seine Immunität aufgeben könne, um sich gegen die Vorwürfe zu verteidigen. Der Vorsitzende der Demokraten, der ehemalige Premier Chuan Leekpai, wirft der Regierung vor, den Fall Jurin als Ablenkungsmanöver von Korruption in den eigenen Reihen zu benutzen. Undurchsichtige Geschäftspraktiken des Premierministers Thaksin im Alpline Land-Fall oder auch die jüngste Kontroverse um das Straßenbaubudget (s. Meldung) hätten keinerlei Verfolgung nach sich gezogen, so Chuan. Auch hat Jurin Laksanavit im Zuge seiner Verhaftung eine Untersuchung der Verkaufserlaubnis für 130.000 Tonnen Gummi an

fünf große Unternehmen aus Singapur durch den amtierenden stellvertretenden Landwirtschaftsminister Praohat Panyacharak angeregt.

In Thailand, einem der größten Gummiexporteure weltweit, beherrschen einige Unternehmen mit guten Verbindungen zu lokalen Politikern und der Regierung die Gummiindustrie. Die Zeitung Bangkok News legte jüngst die Handelspraktiken in der Gummiindustrie offen. Unternehmen stecken die für Anbauer gedachte staatliche Unterstützungsfonds, welche sie durch initiierte Proteste der Gummibauern veranlassen, in die eigene Tasche. Sie verkaufen ihre eigenen Gummibestände an die Regierung und veranschlagen hohe Mieten für die Lagerung der nun staatlichen

nachrichten

Bestände. Dann melden sie der Regierung den Qualitätsverfall der Ware durch zu lange Lagerzeiten, weshalb die Unternehmen das Gummi zu Billigpreisen zurückkaufen können. Durch Exportverkäufe machen die Firmen dann einen großen Gewinn auf Kosten der Gummibauern.

vgl. BP, 15.8. und 18.8.2002

Beziehungen zu Burma weiter angespannt

Trotz der Bemühungen von Seiten des thailändischen Staatschefs Thaksin Shinawatra signalisiert die Führung in Myanmar bislang keine Bereitschaft zur Entspannung. Für Mitte August 2002 geplante Gespräche über die Wiedereröffnung eines Grenzübergangs wurden von Rangoon auf Anfang September verschoben.

Die Beziehung zwischen den Nachbarstaaten hatte ihren Tiefpunkt erreicht, als es Ende Mai zu Grenzschießereien und zur Schließung des Grenzübergangs Mae Sai-Tachilek gekommen war. Rangoon beschuldigt Bangkok, die separatistische Shan State Army (SSA) und andere ethnische Minoritäten, die gegen das burmesische Regime kämpfen, zu unterstützen. Das thailändische Militär betrachtet die SSA als Gegenkraft zur der regime-treuen United Wa State Army, welche jedes Jahr Millionen Kilogramm von Heroin und Methamphetamintabletten nach Thailand schmuggeln.

Als Reaktion auf die Spannungen startete Myanmar eine Medienkampagne gegen die thailändische Monarchie, woraufhin Bangkok mit einer »persona non grata«-Erklärung gegenüber burmesischen Journalisten reagierte. Als Antwort verweigerte das Regime in Rangoon 15 thailändischen Journalisten die Einreise in das Land.

Thaksin und sein Verteidigungsminister Chavalit Yongchaiyudh setzen auf Entspannung und Geduld im jüngsten Grenzkonflikt mit Myanmar. Die Militärs reagierten jedoch mit zunehmendem Unmut auf Thaksins Linie. Kritiker in der Armee werfen dem Premier vor, die Ehre des Militärs zugunsten wirtschaftlicher Interessen zu opfern. Auch die jüngsten Umbildungen an der Militärspitze, die Beobachter im Zeichen der Myanmar-Politik sehen, sind auf Unverständnis unter den Generälen gestoßen.

vgl. IHT, 13., 19.7.2002; FEER, 27.6.2002, BP, 18.8.2002

Gerüchte um Neubesetzung der Militärführung

Die neuen Chefs des thailändischen Militärs stehen zwei Monate vor der offiziellen Neubesetzung bereits fest. Am 2. August 2002 ernannte Premierminister Thaksin Shinawatra General Surayud Chulanont zum neuen Oberbefehlshaber des Militärs. Surayud war zuvor Kommandeur der Bodentruppen gewesen. Sein Nachfolger wird General Somdhat Attanand, vorheriger Personalchef der Truppen. Die neuen Befehlshaber der Marine und der Luftwaffe sind Admiral Thaweesak Somapa und Luftobermarschall Khongsak Wanthana. Der ursprüngliche Favorit für den Posten des obersten Militärschefs, General Watanachai Chaimuenwong, amtierender Assistenz-Befehlshaber der Bodentruppen, wird möglicherweise zurückgestuft.

Die vorzeitige Bekanntgabe Thaksins war offensichtlich nicht mit den amtierenden Militärführern abgesprochen, die sich überrascht äußerten. Thaksin selbst bestritt ein Ein-

greifen und sagte, dass alle Kandidaten von den Befehlshabern des Militärs vorgeschlagen worden seien. Als mögliches Motiv für die Wahl des Oberkommandierenden sehen Beobachter die sich jüngst entspannenden Beziehungen zu Myanmar. General Surayuds gemäßigte Position entspricht der angestrebten Entspannungspolitik von Thaksin und seinem Verteidigungsminister General Chavalit Yongchaiyudh. General Watanachai gilt seit seiner Zeit als Befehlshaber der 3. Armee, die an der Grenze zu Myanmar stationiert ist, als Vertreter einer harten Linie gegenüber Rangoon. »Nicht dass Surayud besser wäre als Watanachai, aber der eine kann Dinge tun, die der andere nicht tun kann«, sagte Chavalit und bestritt gleichzeitig, gefällige Politik gegenüber Myanmar zu betreiben, »Myanmar ist unser Freund, aber nicht unser Herr«, so der Verteidigungsminister.

vgl. BP, 3.8., 8.8., 9.8., 11.8.2002

nachrichten

Umstrittenes Mörderurteil vor Neuverhandlung

Die Staatsanwaltschaft des Strafgerichtshofs in Süd-Bangkok hat gegen das umstrittene Urteil im Mordprozess Pipat Berufung eingelegt.

Mitte Juli 2002 wurde Dr. Pipat Lueprasit, ehemaliger Berater am nationalen Institut für Entwicklungsplanung, wegen Mord an seiner Ehefrau zu einer dreijährigen Freiheitsstrafe auf Bewährung und 50 Stunden Gemeinschaftsarbeit verurteilt. Pipat gab zu, dass er in einem Anfall von Eifersucht seine Frau zunächst mit Gürtel und Regenschirm, später mit einem Golfschläger verprügelt habe. Im Krankenhaus starb seine Frau dann an den Folgen der Verletzungen. Das Gericht begründete die Entscheidung mit dem Geständnis Pipats und seiner guten Ausbildung, mit der er viel für die Gesellschaft geleistet hätte. Daraufhin erhob sich ein Sturm der Entrüstung in der Bevölkerung, tagelang sahen sich die Bangkok-Zeitungen mit einer Flut von Protestbriefen konfrontiert.

Der stellvertretende Oberstaatsanwalt Chuchart Thamarak sagte, dass die Entscheidung für einen Berufungsantrag nicht durch die öffentlichen Proteste ausgelöst wurde. Das Argument des Gerichts in punkto »Bildungshintergrund« sei irrelevant, so Chuchart. Der Anklagevertreter plädiert auf ein Strafmaß zwischen drei bis 15 Jahre ohne Bewährung.

vgl. South China Morning Post, 25.7.2002; BP, 16.7., 19.7., 10.8.2002

Gefahr einer neuen Asienkrise?

Premierminister Thaksin Shinawatra interventionistische Politik hat rund fünf Jahre nach der Asienkrise das Vertrauen in die thailändische Wirtschaft wiederhergestellt. Der lange stagnierende Immobilienmarkt hat sich erholt, in den Städten zeigen sich Anzeichen einer reichen, konsumierenden Mittelschicht. Doch Experten sehen die Gefahr einer neuerlichen Finanzkrise durch zu hohe Schuldenbelastung und staatliche kanalisierte Kredite.

Mit seinem als »Thaksinomics« bezeichneter Ansatz wendete sich der Premierminister nach der Asienkrise 1997 gegen die marktorientierten Vorschläge des Internationalen Währungsfonds. Mit staatlichen Geldern unterstützte Thaksin thailändische Firmen, die eigens geschaffene thailändische Asset Management Company übernahm faule Kredite von maroden Firmen mit dem Ziel ihrer Rehabilitierung. Die Regierung bürgte

für alle Bankeinlagen, der Aktien- und Immobilienmarkt wurde ebenfalls durch öffentliche Gelder wiederbelebt. Staatsbanken wurden angehalten, nach Vorgaben der Regierung Kredite an kleine und mittlere Unternehmen zu vergeben.

Nun droht im Finanzsektor eine neuerliche Krise. Die Firma Fitch Ratings schätzt, dass die thailändischen Banken 150 Milliarden Baht benötigen, um sich gegen zukünftige Verluste zu schützen. Die thailändische Zentralbank nannte nur die Hälfte dieses Betrages und lieferte zudem Anfang des Jahres eine eigene, gültigen internationalen Standards zuwiderlaufende Definition von non-performing loans. Diese entstehen vor allen Dingen durch staatliche gelenkte Kreditvergabe, eine der Ursachen für das Entstehen der Asienkrise 1997.

vgl. FEER, 25.7. 1.8.2002; The Nation, 19.8.2002

Machtkampf im Streit um Straßenbudget

Mit Korruptionsvorwürfen und Entlassungsforderungen sieht sich der Chef der Straßenabteilung, Charuek Anupong, konfrontiert. Anfang August 2002 hatte das Parlament seinen Haushaltsentwurf für 2003 wegen einseitiger Begünstigung von Provinzen zurückgewiesen und eine Untersuchungskommission gegründet. Nun bezichtigt Sanoh Thienthong, Chefberater von Premierminister Thaksin Shinawatra, Charuek, bestimmte Firmen im Wettbewerb um Infrastrukturprojekte begünstigt beziehungsweise Gelder in die eigene Tasche gewirtschaftet zu haben. Sanoh, Chef der mächtigen Wang Nam Yen-Fraktion innerhalb der Regierungspartei Thai Rak Thai, hat Transportminister Wan Muhammad Nor Matha aufgefordert, seinen Straßenbeauftragten zu entlassen. Wan Nar widersetzte sich dieser Aufforderung, woraufhin Sanoh ihm die Deckung

seines Studienkollegen und Freundes Charuek vorwarf. Der Transportminister Wan Nor ist Kopf der Wada-Fraktion und Gegenspieler Sanohs in der Regierungspartei. Auch die Wang Bua Ban-Fraktion der Thai Rak Thai, angeführt von Thaksins Schwester und Parlamentsabgeordneter Yaowapha Wongsawat, sowie die Koalitionspartei Chat Thai und Chat Pattana haben sich in die Debatte eingeschaltet.

Im Zuge anstehender Verwaltungsreformen Anfang Oktober sehen Beobachter die Straßenbudget-Kontroverse als Kampf um Ministerposten. Nach den neuen Administrativplänen soll die Zahl der Ministerien von 15 auf 20 steigen, die Zahl der Kabinettsmitglieder allerdings gleich bleiben — nicht mehr als 36 inklusive des Premierministers.

vgl. The Nation, 17.8.2002; BP, 14.8., 15.8., 18.8.2002

Welle der Gewalt erschüttert Südprovinzen

Seit Beginn des Jahres 2002 sind in Thailands südlichen Provinzen mehr als 17 Staatsbeamte getötet worden. Den jüngsten Gewalttaten Anfang Juli in Yala und Narathiwat fielen zwei Polizisten und ein Dorfvorsteher zum Opfer, zwei weitere Beamte wurden schwer verletzt. Eine muslimische Organisation namens *Pattani Islam Mujahadeen* bot 200.000 Baht Belohnung für weitere Erschießungen von Offiziellen. Allerdings ist die Gruppe bislang nicht politisch in Erscheinung getreten und Beobachter zweifeln, ob sie überhaupt existiert. Vairoj Phipipakdee, Rechtsanwalt aus der Provinz Pattani, behauptet, in Kontakt mit der muslimischen Extremistengruppe zu stehen, von denen einige Mitglieder Kampftraining in Pakistan und Afghanistan erhalten hätten.

Unter den muslimischen Malaien der südlichen Provinzen Pattani, Narathiwat, Yala, Songkhla und Satun herrscht Hass auf die meist buddhistisch orientierte Polizei. Sie werfen den Beamten religiös motivierte, willkürliche Gewaltanwendung und Diskriminierung vor. Die Provinzbewohner berichten auch von Deckungs- und Beteiligungaktionen der Polizei an illegalen Geschäften.

Um die Ausweitung von extremistischen Aktivitäten zu verhindern und die muslimische Bevölkerung ihrer Gleichbehandlung zu versichern, eröffnete das Militär jüngst eine Webseite (www.isoc4-2.mi.th), in der sie über die Situation in Süd-Thailand informiert.

Für die Polizisten vor Ort hat der Chef der nationalen Polizei, Sant Saturanon die Austeilung von 1500 Kugelsicherer Westen veranlasst. Eingeflogene, buddhistische Mönche verteilten zudem heilige Schutzamulette.

vgl. Time, 5.8.2002; BP, 13.8. und 19.8.2002